



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 23, No. 4-5/2008

**abgeschlossen am
8. Mai 2008**

	<u>Seite</u>
1. Fortschritte in Verhandlungen um Reform des Immobilienkreditmarktes	1
2. Auseinandersetzung um Irakpolitik setzt sich fort	2
3. Congress verabschiedet Verbot genetischer Diskriminierung	4
4. Repräsentantenhaus spricht sich gegen <i>Medicaid</i>-Kürzungen aus	5
5. Senatsausschuss für Einschränkung des <i>State Secrets Privilege</i>	7
6. Repräsentantenhaus vertagt Handelsabkommen mit Kolumbien	8
7. Hausausschuss für Ausweitung der Arbeitslosenhilfe	9
8. Präsidentschaftswahlen 2008: Demokraten vor Entscheidung	10

1. Fortschritte in Verhandlungen um Reform des Immobilienkreditmarktes

Unter der Federführung des Vorsitzenden des House Financial Service Committee (HFSC), Barney Frank (D-Massachusetts), haben die Verhandlungen um eine Reform des angeschlagenen Immobilienkreditmarktes, der die Stabilität des Bankensektors bedroht, im April 2008 sichtliche Fortschritte gemacht.

In den Beratungen des Finanzmarktausschusses des Repräsentantenhauses zeichnet sich ein Konsens über ein von Frank geschnürtes Kompromisspaket ab, das weitreichende Reformeingriffe in den Kreditmarkt vorsieht, aber in den Grundzügen auch von einer hinreichenden Zahl von Republikanern mitgetragen werden kann.

Der US-Immobilienmarkt ist nach einem beispiellosen Boom, in dem schnell steigende Preise für private Immobilien zunehmend riskantere Formen von Darlehen nach sich zogen, in eine sehr ernste Anpassungskrise geraten, die sich zu einer großen Belastung für die Gesamtwirtschaft ausgewachsen hat.

Ein Immobilienüberangebot und sinkende Hauspreise treiben eine zunehmende Zahl von Hauseigentümern in die Zahlungsunfähigkeit, die nicht über ausreichende Einkommen verfügen und ihre Kredite nicht mehr unter Rückgriff auf Wertzuwächse der erworbenen Immobilien refinanzieren können.

Aufgrund der hohen Zahl der privaten Bankrotte drohen Banken, die auf den Kreditmarkt spezialisiert sind, dramatische Verluste, die bei Zahlungsunfähigkeit großer Institute wie *Fannie Mae* und *Freddie Mac* schnell zu einem Einbruch an den verflochtenen Finanzmärkten eskalieren könnten.

Um die Abwärtsspirale von Überangebot, sinkenden Preisen, Bankrotten und Zwangsversteigerungen von Privatimmobilien zu durchbrechen, zielt die Reforminitiative auf eine Stabilisierung der Situation von überschuldeten Kreditnehmern ab.

Im Einzelnen sieht Franks Entwurf vor, dass

- der *Federal Housing Administration* (FHA) bis zu 300 Mrd. USD zur Verfügung gestellt werden, um angeschlagene Kreditnehmer bei der Refinanzierung zu unterstützen;
- Kreditinstitute für solche Kredite eine Wertanpassung auf das gegenwärtige Preisniveau der betroffenen Häuser akzeptieren und entsprechende Verluste hinnehmen;
- der Bund als Garant für die neu ausgehandelten Darlehen einsteht und

- Hausbesitzer beim Verkauf eventuelle Gewinne (zumindest teilweise) an den Bund weitergeben (100 Prozent im ersten Jahr und absinkend auf 50 Prozent im vierten Jahr).

Allerdings sollen nur Kreditverträge, die vor dem 31. Dezember 2007 abgeschlossen worden sind, für eine solche Refinanzierung in Betracht kommen.

Das Finanzministerium (*Treasury Department*) sowie das Städtebauministerium (*Department for Housing and Urban Affairs*) sollen gemeinsam die Aufsicht über das Refinanzierungsprogramm führen.

Aufgrund der tiefen Eingriffe in die Finanzmärkte sowie des erheblichen Engagements des Bundes in der Regulierung und Finanzierung des Programms steht die konservative Mehrheit der Republikaner dem Vorschlag äußerst skeptisch gegenüber. Die Bush-Administration hat in einer ersten Reaktion ihre grundsätzliche Ablehnung zum Ausdruck gebracht.

Franks gutes Verhältnis zu Finanzminister Henry M. Paulson Jr., der als konservativer Pragmatiker gilt, sowie die Folgen einer möglichen Verschärfung der Lage am Immobilienmarkt für die Finanz- und Gesamtwirtschaft, könnten jedoch ein Klima konstruktiver Verhandlungen zwischen den Parteien sowie zwischen Legislative und Exekutive befördern.

Eine Angleichung der Vorstellungen von Repräsentantenhaus und Senat ist zwar bisher noch nicht in Angriff genommen worden, doch stehen dem keine unüberbrückbaren politischen Differenzen im Wege.

Ungeachtet der Warnungen von Seiten des Präsidenten zeigen die konstruktiven Signale aus dem Finanzministerium und die Erfahrungen in der Aushandlung eines Konjunkturprogramms zu Jahresbeginn (vgl. CR 2-3/2008, S. 1), dass auch die Administration an einer schnellen Lösung interessiert ist und selbst zu ideologisch schmerzhaften Zugeständnissen bereit sein könnte.

2. Auseinandersetzung um Irakpolitik setzt sich fort

Im Congress haben die Demokraten im April 2008 ihre Angriffe auf die Irakpolitik Präsident Bushs erneuert (vgl. CR 2-3/2008, S. 10; CR 8-9/2007, S. 5) und angekündigt, dass sie die Bewilligung eines Ergänzungshaushalts für die laufenden Kosten des Irakkrieges auch dazu nutzen wollen, um Bushs Nachfolger im Weißen Haus mit mehr Flexibilität zu versehen.

Gedacht ist an einen Ergänzungshaushalt, der neben 108 Mrd. USD für das laufende Haushaltsjahr 2008, das am 30. September endet, weitere 70 Mrd. USD für die Irakpo-

litik im Haushaltsjahr 2009 zur Verfügung stellen würde, das am 1. Oktober 2008 beginnt.

Durch die Zuweisung von Mitteln über das laufende Haushaltsjahr hinaus soll ein Nachfolger Bushs im Weißen Haus aus den Reihen der Demokraten, gleich ob er nun Barak Obama oder Hillary Rodham Clinton heißt, in die Lage versetzt werden, einen zügigen Truppenabzug aus dem Irak zu beginnen, wie ihn die Demokraten im Congress seit Längerem fordern (vgl. CR 4/2007, S. 2).

Präsident Bush hatte ursprünglich vom Congress für das laufende Haushaltsjahr 2008 196 Mrd. USD zur Deckung der laufenden Kriegskosten im Irak verlangt, von denen jedoch bislang nur 88 Mrd. USD bewilligt und davon nur 70 Mrd. faktisch zugewiesen worden sind (vgl. CR 11-12/2007, S. 9). Über die noch ausstehende Mittelforderung und die zusätzlich von den demokratischen Mehrheiten in beiden Kammern des Congress ins Auge gefassten Zuweisungen soll nun im Rahmen einer sogenannten „Brückenbewilligung“ entschieden werden.

Bisher ist es den Demokraten trotz ihres Sieges in den Midterm-Wahlen 2006 nicht gelungen, sich mit ihrer Forderung nach einem Truppenabzug aus dem Irak gegenüber dem Präsidenten durchzusetzen. Ihre Mehrheit im Senat ist zu knapp und die Unterstützung der republikanischen Minderheitsfraktion für Bushs Irakpolitik im Senat ist zu groß, als dass es bisher möglich gewesen wäre, eine Kursänderung zu erzwingen. Nach der Geschäftsordnung des Senats benötigen die Demokraten eine Dreifünftelmehrheit von 60 Stimmen, um eine Blockade der Republikaner durch *Filibuster* mittels *Cloture* zu brechen. Dazu fehlen rein rechnerisch neun Stimmen aus den Reihen der Minderheitsfraktion, faktisch sogar zehn, da der unabhängige Senator Joseph I. Lieberman (Connecticut), der normalerweise mit der Fraktion der Demokraten stimmt, sich in der Irakpolitik gegen einen schnellen Truppenabzug ausgesprochen hat.

Durch die nun diskutierten zusätzlichen Mittelzuweisungen in der Irakpolitik versuchen die Demokraten sechs Monate vor den Präsidentschaftswahlen ihr Image als Anti-Kriegspartei aufzupolieren und gleichzeitig zu unterstreichen, dass sie hinter der kämpfenden Truppe stehen.

In diesem Zusammenhang hatten die Demokraten Anfang April auch öffentliche Anhörungen zur Irakpolitik vor beiden Kammern des Congress mit dem Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen im Irak, General David H. Petraeus, und dem amerikanischen Botschafter in Bagdad, Ryan C. Crocker, initiiert.

Petraeus sprach von einem „zerbrechlichen“ Befriedungsprozess im Irak, wobei er sich auf die zukünftig erforderliche Truppenstärke vor Ort nicht genau festlegen wollte. Stattdessen empfahl er im Rahmen einer 45-tägigen „Konsolidierungs- und Evaluierungsphase“ die genaue Prüfung der Bedingungen vor Ort, bevor Entscheidungen über die perspektivische Truppenstärke im Irak getroffen werden sollten. Das las sich im Grunde wie eine Empfehlung für die Beibehaltung des Status quo, also die fortgesetzte Stationierung von etwa 140.000 Soldaten vor Ort. Der General bezeichnete die Sicher-

heitssituation im Irak während der Anhörungen vor dem Congress als im Fluss und warf dem Iran vor, „eine destruktive Rolle“ zu spielen. Gemeint ist die fortgesetzte militärische Unterstützung schiitischer Terrorgruppen durch die Regierung in Teheran.

Der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses im Senat, Carl Levin (D-Michigan), warf Präsident Bush vor, dass seine sogenannte „Surge Strategy“ ihr Ziel nicht erreicht habe, was von Republikanern wie dem designierten republikanischen Präsidentschaftskandidaten Senator John McCain (R-Arizona) entschieden zurückgewiesen wurde. McCain warf den Demokraten voreilige und unverantwortliche Rufe nach einem schnellen Truppenabzug aus dem Irak vor und attestierte ihnen mangelnde „moralische und politische Führung“ in ihrer Irakpolitik. Dem hielt die Senatorin und Präsidentschaftsbewerberin Hillary Rodham Clinton (D-New York) entgegen, dass es an der Zeit sei, den „geordneten Prozess des Abzugs unserer Truppen zu beginnen“.

Die Demokraten werden in diesem Zusammenhang nicht müde auf die astronomische finanzielle Bürde des Irakkrieges zu verweisen, der nach Schätzungen der Bush-Administration ursprünglich 60-80 Mrd. USD kosten sollte, tatsächlich aber nach offiziellen Angaben des Pentagon bisher etwa 600 Mrd. USD verschlungen hat. Kritiker sprachen von einem „\$ 3 trillion war“, der bis zu 25 Mrd. USD pro Monat verschlinge. „The present economic mess (in the United States, die Red.)“, so der prominente Ökonom Joseph Stiglitz in diesem Zusammenhang, „is very much related to the Iraq war.“ Auch die demokratische Präsidentschaftsbewerberin Hillary Rodham Clinton hat dieses Thema aufgegriffen und spricht von Kriegskosten im Irak von zwischenzeitlich über einer Billion USD. Diese Summe reiche aus, um eine Reihe von sozialpolitischen Problemen zu lösen wie beispielsweise die Einführung einer Krankenversicherung für derzeit etwa 47 Mio. nicht versicherte Amerikaner.

Im Irakkrieg sind zwischenzeitlich mehr als 4.000 amerikanische Soldaten gefallen und mehrere zehntausend verwundet worden, nicht zu sprechen von etwa 5 Mio. durch den Krieg vertriebenen Irakern, von denen etwa 2,4 Mio. das Land verlassen haben, so dass Kritiker von der größten humanitären Katastrophe seit den Bosnien-Kriegen gesprochen haben.

3. Congress verabschiedet Verbot genetischer Diskriminierung

Der Senat und das Repräsentantenhaus haben sich Ende April/Anfang Mai 2008 mit überwältigenden Mehrheiten für ein Verbot der Diskriminierung auf der Basis genetischer Informationen ausgesprochen.

Der Senat hatte die Gesetzesvorlage bereits am 24. April mit 95 gegen 0 Stimmen angenommen.

Das Repräsentantenhaus übernahm die Vorlage am 1. Mai mit 414 gegen 1 Stimme ohne Änderungen.

Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass genetische Informationen

- von Unternehmen bei Einstellungen und Beförderungen sowie
- von Krankenversicherungen beim Abschluss von Policen

nicht als Entscheidungskriterien berücksichtigt werden dürfen.

Die federführenden Verfechter der Initiative wie die Senatoren Edward M. Kennedy (D-Massachusetts) und Olympia J. Snowe (R-Maine) begründeten die Regelung unter Verweis auf biomedizinische Fortschritte, die die Einschätzung von Krankheitsrisikogruppen auf der Basis der zunehmend einfacher verfügbaren genetischen Informationen erlauben.

Dies, so die Befürworter der Vorlage, berge das Risiko, dass genetische Informationen systematisch zum Nachteil der Bürger genutzt würden.

Die nahezu einstimmigen überparteilichen Mehrheiten in beiden Kammern des Congress überdecken indes das mehr als zehnjährige Tauziehen um eine Regelung zwischen den Parteien und Legislative und Exekutive.

Konservative Republikaner und die Bush-Administration hatten sich bis zuletzt zäh für eine Begrenzung des Klagerisikos für Unternehmen eingesetzt und damit gedroht, die Vorlage durch ein *Filibuster* im Senat (die Verweigerung einer Entscheidung durch unbestimmte Fortsetzung der Debatte) oder ein Veto des Präsidenten zu blockieren.

Erst ein zwischen den Senatoren Kennedy und Tom Coburn (R-Okla.) ausgehandelter Kompromiss, der insbesondere Klagemöglichkeiten von Versicherungen gegenüber Arbeitgebern begrenzt, die für ihre Arbeitnehmer Krankenversicherungen abschließen, sorgte für einen Durchbruch in der festgefahrenen Debatte.

Eine explizite Festschreibung der Zulässigkeit der Erhebung genetischer Informationen für Geschäftszwecke ging den Befürwortern der Vorlage zu weit und wurde fallen gelassen.

Präsident Bush hat bereits signalisiert, dass er das Gesetz in der veränderten Version akzeptieren will.

4. Repräsentantenhaus spricht sich gegen *Medicaid*-Kürzungen aus

Ungeachtet der unverhohlenen Veto-Drohungen der Administration hat das Repräsentantenhaus am 23. April 2008 eine Gesetzesvorlage verabschiedet, die eine Serie von neuen Regulierungen der Administration für *Medicaid*, die auf erhebliche Kosteneinsparungen abzielen, bis 2009 aussetzt.

Medicaid, das Programm des Bundes, das den Einzelstaaten erhebliche Fördermittel für die Krankenversicherung von einkommensschwachen Personen und Familien zur Verfügung stellt, kämpft wie der Gesundheitsbereich insgesamt mit enormen Ausgabensteigerungen.

Die Bush-Administration hat im Rahmen ihrer Budgetziele neue Richtlinien für die Berechnung der Bundeszuschüsse ausgearbeitet, die insbesondere die Anrechnung von Kosten für soziale Betreuung, Rehabilitationsmaßnahmen sowie die Bezuschussung öffentlicher Krankenhäuser schmerzhaft einschränken.

Die in Folge der neuen Regulierungen zu erwartenden drastischen Einschnitte stoßen nicht nur unter Demokraten, sondern auch unter gemäßigt konservativen Republikanern auf harsche Kritik.

Mit Blick auf die befürchteten Konsequenzen haben die Demokraten des *House Committee on Oversight and Government Reform* unter Vorsitz von Henry A. Waxman (D-California) eine Umfrage unter den Krankenhäusern der größten US-Städte zur Verfügbarkeit von Notaufnahmekapazitäten vorgestellt, die insbesondere für den Katastrophenfall enorme Defizite andeutet.

Weitere Kürzungen im *Medicaid*-Programm, so die Demokraten, würden die ohnehin schwierige Situation der öffentlichen Krankenhäuser zusätzlich verschlechtern.

Konservative Republikaner kritisierten dies zwar als „publicity stunt“, doch ist die Sensibilisierung für den Umgang des Gesundheitssystems mit Katastrophensituationen und chronischen Problemen der Unter- und Nichtversicherung auch in Reihen der Republikaner im Congress ausgeprägt.

Das Repräsentantenhaus nahm die Gesetzesvorlage mit 349 gegen 62 Stimmen an und erzielte damit ein Quorum, das zur Überstimmung des angedrohten Vetos Präsident Bushs mehr als ausreichen würde.

Ob die Republikaner im Senat ebenfalls mehrheitlich die Vorlage mittragen und ihr damit über die Veto-Hürde helfen, ist allerdings fraglich.

Ein Versuch von *Majority Leader* Harry Reid (D-Nevada), die Vorlage des Repräsentantenhauses direkt zur Abstimmung zu bringen, ist vorerst an der Verzögerungstaktik konservativer Republikaner gescheitert.

Für die republikanische Senatsfraktion bergen taktische Spiele in dieser Frage allerdings das nicht unerhebliche Risikopotential massiver Proteste der Einzelstaaten, die in dem für Republikaner keineswegs einfachen Wahljahr politisch nicht einfach ignoriert werden können.

5. Senatsausschuss für Einschränkung des *State Secrets Privilege*

Der Rechtsausschuss des Senats unter dem Vorsitz von Patrick Leahy (D-Vermont) hat sich am 24. April 2008 mit 11 zu 8 Stimmen dafür ausgesprochen, den Gebrauch des sogenannten *State Secrets Privilege* durch die Exekutive einzuschränken. Neben allen 10 Demokraten im *Senate Judiciary Committee* stimmte auch Senator Arlen Specter (Pennsylvania) als einziger Republikaner mit der demokratischen Ausschussmehrheit für die Vorlage (S 2533). Sie geht auf eine Initiative der Ausschussmitglieder Specter, Leahy und Edward M. Kennedy (D-Massachusetts) zurück.

Die Befürworter der Vorlage kritisieren den häufigen Gebrauch des *State Secrets Privilege* durch die Bush-Administration schon seit längerem drängen auf mehr Transparenz.

Entsprechend würde die Vorlage die Administration in jedem Fall, in dem sie das *State Secrets Privilege* in Anspruch nimmt, dazu verpflichten

- eine schriftlich beeidete Erklärung („affidavit“) des jeweiligen Chefs jener Exekutivbehörde vorzulegen, welche die Verantwortung für den Vorgang trägt (Section 4054 b);
- eine „declassified version“ der Erklärung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen (Section 4054, ebenda);
- alle Beweisunterlagen einschließlich eines „manageable index of evidence“ einem Bundesgericht zugänglich zu machen (Section 4054, d);

Der Einsatz des *State Secrets Privilege* geht auf eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 1953 zurück, als der *Supreme Court* in seiner Entscheidung *United States v. Reynolds et al.* der Regierung mit Verweis auf die nationale Sicherheit ein grundsätzliches Geheimhaltungsrecht zubilligte. Damals hatten die Angehörigen von drei Zivilangestellten der Luftwaffe, die bei einem geheimen Testflug für elektronische Ausrüstungsgegenstände 1948 ums Leben gekommen waren, mit Verweis auf den *Tort Claims Act* Einsicht in den geheimen Untersuchungsbericht der *Air Force* verlangt, um Schadensersatzforderungen geltend machen zu können. Außerdem klagten sie auf Akteneinsicht zu den Stellungnahmen der drei Besatzungsmitglieder, die den Absturz des B-29 Flugzeuges in Waycross, Georgia am 6. Oktober 1948 überlebt hatten.

Das Gericht lehnte die Klage mit Verweis auf eine dem Präsidenten zugeschriebene „inherent executive power“ ab, die in „a time of vigorous preparation for national defense“ ein *State Secrets Privilege* begründe. „When the Secretary of the Air Force“, so die Argumentation des Obersten Gerichtshofs 1953, „lodged his formal ‚Claim of Privilege‘, he attempted therein to invoke the privilege against revealing military secrets, a privilege which is well established in the law of evidence.“ (Hervorh. die Red.) Entsprechend sei der Exekutive ein Privileg der Geheimhaltung im Kontext der Be-

drohung der nationalen Sicherheit einzuräumen.

Gerade die Bush-Administration hatte sich auf das *State Secrets Privilege* im Rahmen ihres globalen Krieges gegen den internationalen Terrorismus nach dem 11. September 2001 immer wieder berufen. Dies galt und gilt vor allem für den Umgang mit sogenannten *enemy combatants* (vgl. CR 2/2007, S. 7; 11-12/2007, S. 2), denen das Recht der gerichtlichen Überprüfung mit Verweis auf die nationale Sicherheit und das damit verknüpfte *State Secrets Privilege* immer wieder verweigert wurde. Dem sucht die Gesetzesinitiative des *Senate Judiciary Committee* nun gewisse Begrenzungen aufzuerlegen, wobei Justizminister Michael B. Mukasey bereits ein Veto des Präsidenten angedroht hat.

Eine Entscheidung des Congress in dieser Legislaturperiode scheint unwahrscheinlich, da auch der *Minority Whip* im Senator, der Republikaner Jon Kyl (Arizona), seine Ablehnung der Gesetzesinitiative zum Ausdruck gebracht hat. Da die Republikaner mit Blick auf die Sitzverhältnisse und die Geschäftsordnung des Senats im Wege des *Filibuster* durchaus blockademächtig sind, scheint das Thema vorläufig vom Tisch. Dabei wirft es die grundlegende Frage nach den Kontrollinstrumenten des Congress gegenüber einer sich als „imperial“ verstehenden Präsidentschaft auf, die mit Verweis auf die nationale Sicherheit inhärente Rechte in der Außen- und Sicherheitspolitik für sich in Anspruch nimmt, die durch den Verfassungsrahmen nicht eindeutig gedeckt sind.

6. Repräsentantenhaus vertagt Handelsabkommen mit Kolumbien

Das Repräsentantenhaus hat am 10. April 2008 unter der Führung von *Madam Speaker* Nancy Pelosi die weitere Beratung über ein Freihandelsabkommen mit Kolumbien auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Entscheidung fiel mit 224 zu 195 Stimmen, wobei 218 Demokraten und sechs Republikaner dafür und 185 Republikaner und zehn Demokraten dagegen stimmten.

Mit dem Votum setzt das Repräsentantenhaus das Schnellverfahren („fast track“) aus, wie es ursprünglich im Rahmen des *Trade Act* von 1974 (*Public Law* 93-618) eingerichtet worden war. Danach sind beide Kammern des Congress dazu verpflichtet innerhalb von 90 Tagen nach der Vorlage durch den Präsidenten über die Implementierung eines Handelsabkommens zu entscheiden.

Präsident Bush hatte dem Congress die Implementierungsvorlage für das Freihandelsabkommen mit Kolumbien am 8. April 2008 übermittelt.

Pelosi begründete die Entscheidung damit, dass man in der Handelspolitik „Einfluss“ zurückgewinnen wolle. Der habe bisher „beim Weißen Haus“ gelegen. Gleichzeitig betonte sie, dass ein Freihandelsabkommen mit Kolumbien, dass etwa 80 Prozent der tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnisse eliminieren würde, keineswegs ge-

scheitert sei. Vielmehr gelte es die Handelspolitik von der aufgeladenen innenpolitischen Situation zu entkoppeln. Wäre es sofort zu einem Votum im Plenum über die Implementierungsvorlage gekommen, so die Argumentation von Pelosi, wäre das Freihandelsabkommen mit Kolumbien ein für allemal gescheitert.

Gemeint ist der erhebliche Widerstand innerhalb der demokratischen Fraktion, der sich vor allem an den Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien entzündet, wo allein im Jahr 2007 39 Gewerkschafter ermordet wurden, ohne dass die Strafverfolgungsbehörden mit aller Konsequenz gegen die Täter vorgegangen sind.

Kritiker dieser Argumentation beeilen sich darauf hinzuweisen, dass die politisch motivierten Morde an Gewerkschaftern in Kolumbien seit 2002 um 80 Prozent zurückgegangen sind und dass die Regierung Uribe also konsequent gegen die Täter vorgeht. Gleichzeitig verweisen sie darauf, dass Kolumbien ein verlässlicher Verbündeter in der Region ist, der jährlich von den USA fast 600 Mio. USD an Militärhilfe erhält.

Der Senat kann über das Freihandelsabkommen mit Kolumbien verfahrenstechnisch erst entscheiden, nachdem das Repräsentantenhaus abgestimmt hat. Die demokratischen Präsidentschaftsbewerber Barak Obama und Hillary Rodham Clinton haben sich gegen das Freihandelsabkommen mit Kolumbien ausgesprochen, der designierte republikanische Präsidentschaftskandidat John McCain dafür.

7. Hausausschuss für Ausweitung der Arbeitslosenhilfe

Das House Ways and Means Committee im Repräsentantenhaus hat sich am 16. April 2008 für eine Ausweitung der Arbeitslosenhilfeleistungen ausgesprochen. Die Entscheidung fiel mit 23 zu 13 Stimmen, nachdem zuvor ein republikanischer Alternativvorschlag mit 13 zu 24 Stimmen abgelehnt worden war.

Die Entscheidung geht auf eine Initiative von Jim McDermott (D-Washington) zurück, der sie im Kontext jenes Konjunkturförderprogramms gelesen sehen möchte, auf das sich der Congress bereits im März 2008 geeinigt hatte (vgl. CR 2-3/2008, S. 1).

Danach würden

- Arbeitslose in allen Bundesstaaten über die derzeit abgedeckten maximal 26 Wochen für weitere 13 Wochen Leistungen in Anspruch nehmen können. In Bundesstaaten mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 6 Prozent und darüber würden weitere 13 Wochen an Unterstützung gewährt.

Damit würde sich die maximale Bezugsdauer der Arbeitslosenhilfe von derzeit gut sechs Monaten auf ein Jahr erhöhen.

Die Kosten der Gesetzesinitiative werden für einen Zeitraum von zwei Jahren auf 12 Mrd. USD geschätzt. „Die Leute brauchen Hilfe und sie brauchen sie jetzt“, führte John Lewis (D-Georgia) in diesem Zusammenhang aus. Auch in den Reihen der Republikaner ist eine Ausweitung der Arbeitslosenhilfe populär. Allerdings favorisieren diese eine Lösung, die sich stärker auf die regionalen Arbeitslosenstatistiken konzentriert und hier insbesondere jenen derzeit 18 Bundesstaaten zusätzliche Mittel zukommen lassen möchte, in denen die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist.

Inwieweit sich die Fraktionen im Repräsentantenhaus und dann die Kammern untereinander auf eine Kompromissformel noch vor den Präsidentschaftswahlen im November einigen können, bleibt abzuwarten.

8. Präsidentschaftsvorwahlen 2008: Demoraten vor Entscheidung

Ungeachtet einer Reihe von Erfolgen ist es Senatorin Hillary Rodham Clinton (New York) im April und Anfang Mai 2008 nicht gelungen, ihren Konkurrenten, Senator Barack Obama (Illinois), aus der Führungsposition zu verdrängen.

Mit dem nahenden Ende der demokratischen Vorwahlsaison neigt sich die Waagschale der Entscheidung über den Präsidentschaftskandidaten der Partei damit zugunsten von Barack Obama.

Hillary Clinton gelang es mit einem überzeugenden Abschneiden in Pennsylvania Mitte April 2008 zunächst noch einmal, Hoffnungen auf einen Sieg gegenüber ihrem charismatischen und ebenso gut finanzierten wie organisierten Kontrahenten aufkommen zu lassen.

Zudem geriet Barack Obama sichtlich in die Defensive, nachdem kontroverse Aussagen des Pfarrers seiner Heimatkirche in Chicago, Reverend Jeremiah A. Wright Jr., in den Medien in die Diskussion gerieten, die tiefe rassistisch-ethnische Ressentiments reflektieren.

Während kaum jemand Obama unterstellte, diese Überzeugungen zu teilen, wurde seine mehr als halbherzige Distanzierung von Wright und seine Tiraden sehr kritisch aufgenommen und als mögliche Belastung für den Hauptwahlkampf im Sommer und Herbst gewertet.

Obama wendete sich jedoch erst von Wright ab, nachdem dieser Ende April 2008 in einem nationalen Fernsehinterview erneut Benzin ins Feuer gegossen hatte und offensichtlich unbekümmert seine vorurteilsbeladenen Vorstellungen über das „weiße Amerika“ bekräftigte.

Demokratische Vorwahlen April/Mai 2008 (Stimmanteil führender Kandidaten in Prozent):

<i>Staat</i>	Clinton	Obama
Pennsylvania (P)	54,6 %	45,4 %
Guam (P)	49,9 %	50,1 %
Indiana (P)	50,5 %	49,5 %
North Carolina (P)	41,7 %	56,0 %

C = Caucus / P = Primary

Hillary Clinton versuchte zudem mit dem Vorschlag zu punkten, die Kraftstoffsteuer des Bundes für drei Monate auszusetzen und die Einnahmeausfälle durch eine Sondersteuer auf die großen Ölkonzerne auszugleichen.

Clinton wollte damit auf die gegenwärtig bedrängte wirtschaftliche Lage der mittleren und unteren Einkommensgruppen aufmerksam machen, die unter anderem unter den drastisch gestiegenen Energiepreisen leiden. Obama sprach in seiner Replik von einem wirkungslosen kosmetischen Trick, der wirtschaftspolitisch in die Irre führt.

Bemerkenswert bleibt, dass sich die demokratische Vorwählerschaft weitgehend uneindrückt von den teilweise heftigen Debatten und Auseinandersetzungen zeigte.

Während Hillary Clinton in Indiana einen zwar knappen, aber zuvor nicht erwarteten Sieg erringen konnte und in Guam *de facto* ein Patt erreichte (siehe Tabelle oben), glänzte Obama erneut in einem der großen Südstaaten, North Carolina, mit großem Stimmenvorsprung.

Dabei bestätigten sich die bisherigen Muster der Verteilung der Wählerpräferenzen. Für Clinton stimmten vor allem weiße, ältere Bürger der unteren und mittleren Einkommensgruppen sowie Frauen. Für Obama sprachen sich Schwarze, Jungwähler sowie die höheren Einkommens- und Bildungsgruppen aus.

In den verbleibenden Vorwahlen im Mai und Juni 2008 in West Virginia, Oregon, Kentucky, Puerto Rico, South Dakota und Montana kann Clinton zwar noch auf eine Reihe von weiteren Erfolgen setzen, doch – in Abwesenheit einer unerwarteten politischen Katastrophe für Obama – ist es unmöglich für sie, die Lücke in der Zahl der Delegiertenstimmen gegenüber ihrem Konkurrenten zu schließen.

Obama verfügt gegenwärtig über ca. 1848 Delegiertenstimmen, Clinton über 1693. Für eine Mehrheit auf dem Nominierungsparteitag werden 2025 Stimmen benötigt. Sollten die bisher aufgrund technischer Regelverletzungen ausgeschlossen Delegationen von Florida und Michigan doch noch zugelassen werden, erhöht sich diese Zahl um ca. 200.

Voraussichtlich wird es weder Obama noch Clinton gelingen, die magische Hürde aus eigener Kraft zu überwinden, sodass die Entscheidung im Endeffekt von den sogenannten *Super Delegates*, ex officio Delegierten, die sich aus Parteifunktionären und Amtsträgern rekrutieren, getroffen wird.

Doch diese *Super Delegates*, wenngleich nach Parteisatzung in der Stimmabgabe ungebunden, orientieren sich stark an den politischen Präferenzen der Parteibasis. Nach der Zahl der auf die Kandidaten fest gelegten Delegierten wie der gewonnenen Staaten und abgegebenen Stimmen führt Obama unverändert klar vor Clinton.

In der Demokratischen Partei mehren sich deswegen nun erneut die Stimmen, die Clinton zu einer Aufgabe ihrer Kandidatur und eine Unterstützung für Obama auffordern, um so einer als möglich erachteten Spaltung zwischen den Lagern entgegenzuwirken und die Partei für den Hauptwahlkampf zu stärken.

Clinton hält allerdings an ihrer Kandidatur fest. Sie scheint auf Zeit zu spielen, eventuell um durch weitere Siege in den verbleibenden Vorwahlen ihre Führungsrolle in der Partei zu unterstreichen.

Der Tonfall zwischen dem Clinton- und Obama-Lager hat sich in den letzten Tagen sichtlich verbessert, was nach den harten Auseinandersetzungen auf die Vorbereitung einer von allen Seiten geforderten Aussöhnung hindeutet.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report